

Niederschrift

Gremium	Sitzung - UwE/040(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Umwelt und Energie	Dienstag, 18.04.2023	Hansesaal	17:30 Uhr	20:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.2023
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 428-1.2 "Zum Bördepark"
BE: Amt 61, Frau Wöbse DS0542/22
- 5.2 Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 161-1 "Olvenstedter Scheid"
BE: Amt 61, Frau Schäffer DS0701/22
- 5.2.1 Satzung des Bebauungsplans Nr. 161-1 "Olvenstedter Scheid"
BE: Amt 61, Frau Schäffer DS0702/22
- 5.3 Elektromobilitätskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: Amt 61, Herr Siesing DS0114/23
- 5.4 Klimabeirat der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: VI/04 Frau Hänisch DS0018/23
- 5.5 Neufassung Baumschutzsatzung
BE: FB 67, Frau Briehm DS0066/23

6	Anträge	
6.1	Baumschutzsatzung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - future!Magdeburg, Frau Natho	A0028/22
6.1.1	Baumschutzsatzung BE: FB 67, Frau Briehm	S0051/23
6.2	Energiewende für Alle zum Mitmachen - Balkonkraftwerke fördern Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - future!Magdeburg, Herr Canehl	A0011/23
6.2.1	Energiewende für Alle zum Mitmachen - Balkonkraftwerke fördern BE: VI/04 Frau Grünert	S0073/23
6.3	Elektroladesäulen im Südosten Magdeburgs CDU-Ratsfraktion, Herr Schumann	A0025/23
6.3.1	Elektroladesäulen im Südosten Magdeburgs BE: Amt 61, Herr Siesing	S0075/23
6.4	Klimaresiliente Schwammstadt Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, Frau Angerstein	A0166/22
6.4.1	Klimaresiliente Schwammstadt BE: FB 67, Herr Gruhle	S0098/23
6.5	Stromversorgungskästen bei Stadtteilveranstaltungen CDU-Ratsfraktion, Herr Rupsch	A0008/23
6.5.1	Stromversorgungskästen bei Stadtteilveranstaltungen BE: Amt 66, Herr Treptow	S0109/23
6.6	Schaffung von Bewegungsangeboten in Diesdorf CDU-Ratsfraktion, Herr Heynemann	A0021/23
6.6.1	Schaffung von Bewegungsangeboten in Diesdorf BE: V/02, Herr Dr. Gottschalk	S0119/23
6.7	Werder: Kegelanlage als Sport- und Begegnungsstätte erhalten SPD-Stadtratsfraktion, Herr Rösler, Herr Köpp	A0257/22
6.7.1	Werder: Kegelanlage als Sport- und Begegnungsstätte erhalten BE: FB 40, Herr Willms	S0137/23
6.8	Verwertung der Abfälle der Stadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE, Frau Jäger	A0248/22
6.8.1	Verwertung der Abfälle der Stadt Magdeburg BE: EB SAB, Herr Stegemann	S0473/22
7	Informationen	
7.1	Sachstand Projekt "Revitalisierung der Dornburger Alten Elbe" BE: FB 67, Frau Briehm	I0065/23
8	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzender

Burkhard Moll

Mitglieder des Gremiums

Aila Fassl

Anke Jäger

Kathrin Natho

Sachkundige Einwohner/innen

Christiane Steil

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums:

Dr. Niko Zenker

vertreten durch Jens Rösler

Frank Pasemann

vertreten durch Ronny Kumpf

Andreas Schumann

entschuldigt

Sachkundige Einwohner/innen

Hartmut Beyer

entschuldigt

Jennifer Lemke

Verwaltung:

Frau Scheerenberg

FBL 67

Herr Schulz

FDL 67.2

Frau Ellermann

FD 67.2 Protokoll

Herr Ernst

FD 67.2, Technik

Herr Gruhle

FD 67.2

Frau Briehm

FD 67.2

Frau Wöbse

Amt 61.3

Frau Schäffer

Amt 61.3

Herr Siesing

Amt 61.4

Herr Kupfer

VI/01

Herr Treptow

Amt 66.3

Herr Dr. Gottschalk

V/02

Herr Willms

FB 40

Herr Schulze

EB SAB

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende **Stadtrat Moll** eröffnet die Sitzung stellt mit **5/7** anwesenden Stadträte*innen die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende **Stadtrat Moll** informiert über zwei Änderungsanträge (DS0542/22/1 und A0011/23/1) und bittet um Bestätigung, die TOP 5.3 und 6.3 nacheinander zu behandeln, da sie sich inhaltlich ähneln.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung: 5 – 0 - 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.03.2023

Abstimmung über die Niederschrift vom 14.03.2023: 1 – 0 - 4

4. Einwohner*innenfragestunde

Herr Frank Schulz, Schroteanger möchte wissen, warum die Beschlussvorlagen DS0471/22 und DS0472/22 (B-Plan „Am Schroteanger/Steinbergstraße“) nun nicht mehr auf der Tagesordnung stünden.

Frau Scheerenberg und **Stadtrat Moll** geben bekannt, dass beide DS im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr abgelehnt und im Ergebnis dessen von der Verwaltung zurückgezogen worden sind. Folglich werden diese nicht umgesetzt.

Herr Schulz bedankt sich für die Antwort und verlässt den Sitzungssaal.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum vorhabenbezogenen
Bebauungsplan Nr. 428-1.2 Zum Bördepark"
Vorlage: DS0542/22

Die Beschlussvorlage wird umfänglich durch **Frau Wöbse** erläutert.

Stadtrat Rösler kritisiert die fehlenden Ausgleichsmaßnahmen vor Ort und erachtet die Verschiebung dieser an andere Standorte der Stadt für nicht vorteilhaft. Ausgleichsmaßnahmen sollten immer in der Nähe des betreffenden Standortes vorgenommen werden. Er stellt den Änderungsantrag seiner Fraktion vor.

Stadträtin Natho möchte wissen, warum für 204 gefällte Bäume nur 150 neue Bäume gepflanzt werden würden.

Frau Wöbse antwortet, dass nach der erfolgten Vitalitätsprüfung mehr Fällungen notwendig seien, für die jedoch kein ausgleichender Ersatz vorgenommen werden könne. Vorliegend erfolgen die Ausgleichsmaßnahmen nach der Baumschutzsatzung. Sie verweist auf den lt. B-Plan 410 – 4 „Industrie- und Gewerbegebiet Langer Heinrich“ entstehenden Stadtwald, wo diese Ersatzpflanzungen erfolgen würden. Die Stadt und der Investor hätten keine weiteren Flächen zur Verfügung.

Stadträtin Jäger übt ebenfalls Kritik an den Ausgleichsmaßnahmen und wird diesen nicht zustimmen. Sie bezweifelt, dass mit dem Investor diesbezüglich umfassend gesprochen wurde, man könne z.B. auch mit Dach- und Fassadenbegrünungen entsprechende Maßnahmen treffen.

Durch **Frau Wöbse** wird nochmals die DS erläutert, insbesondere mit dem Hinweis auf die schwierig durchzuführende Dach- und Fassadenbegrünung. Auch eine Umsetzung der Bäume am Standort sei kaum möglich, daher sollen die Ersatzpflanzungen im o.g. Gebiet „Langer Heinrich“ erfolgen.

Stadtrat Rösler führt aus, dass die Stadt durchaus Flächen im Süden besitze. Z.B. könnten Pflanzungen am neuen Radweg Salbker Chaussee/Südliche Dörfer getätigt werden. Auch seien auf dem Parkplatz des Bördeparks noch ausreichend Flächen, um Bäume zu pflanzen. Er bittet abschließend die Ausschussmitglieder um Zustimmung seines Änderungsantrages.

Stadträtin Natho ist sich unsicher, was passieren würde, wenn die im Änderungsantrag geforderten Maßnahmen nicht durchgeführt werden könnten. Sie befürwortet die Ausgleichsmaßnahmen im o.g. Plangebiet.

Frau Wöbse informiert abschließend darüber, dass der zuständige Vollzugsbeamte diese Pflanzungen systematisch kontrollieren werde.

Abstimmung über den vorliegenden Änderungsantrag DS0542/22/1: 1 – 0 – 4
Abstimmung über die geänderte DS0542/22: 1 – 3 – 1

- 5.2. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 161-1 "Olvenstedter Scheid"
Vorlage: DS0701/22
 - 5.2.1. Satzung des Bebauungsplans Nr. 161-1 "Olvenstedter Scheid"
Vorlage: DS0702/22
-

Frau Schäffer stellt beide DS vor. Insbesondere verweist sie auf weitere Ersatzpflanzungen von Bäumen auf einem Grundstück im Hohedodeleber Weg.

Stadtrat Moll berichtet in diesem Zusammenhang aus der GWA – Sitzung. Die Bürgerschaft befürworte die Erhaltung der kleinen Geschäfte und steht dem B-Plan sehr positiv gegenüber.

Stadträtin Natho erkundigt sich danach, wie der Schutz der Alleebäume durchgesetzt werden soll. Im Weiteren möchte sie wissen, ob Ein – und Ausfahrten für Radfahrer und Fußgänger beachtet und ob Radabstellplätze errichten werden würden.

Frau Schäffer erläutert anhand des B-Planes die Standorte der Alleebäume. Bei möglichen Fällanträgen müssen alternative Unterbringungen/Neupflanzungen in den jeweiligen Baugenehmigungsverfahren geprüft werden. Dasselbe gelte für die Errichtung von Radabstellplätzen.

Die **sachkundige Einwohnerin Steil** hinterfragt die Stellungnahme der SWMAGM hinsichtlich des notwendigen Aufbaus der entsprechenden Anlagen und Netze unter dem Vorbehalt der Wirtschaftlichkeit. Sämtliche Medien seien doch vor Ort und die Flächen voll erschlossen.

Frau Schäffer antwortet, dass es hier vorliegend um Umverlegungen u.ä. gehen würde, die dann durch den Erschließungsträger finanziert werden müssten.

Abstimmung über die DS0701/22: 5 – 0 – 0
Abstimmung über die DS0702/22: 5 – 0 – 0

5.3. Elektromobilitätskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg
 Vorlage: DS0114/23

Die DS wird durch **Herrn Siesing** umfassend vorgestellt.

Stadtrat Moll schlägt auch ein Konzept für mögliche Betreiber vor und erfragt, ob bereits Zuleitungen vorhanden wären.

Herr Siesing informiert, dass zu den Ladesäulenstandorten eine Prüfung vom Netzbetreiber durchgeführt worden sei (Anlage 1, Anhang 4).

Stadträtin Jäger lobt das Konzept, weist jedoch auf die Problematik der Nutzung durch Menschen mit Behinderung hin. Die Umsetzung sei viel zu kompliziert.

Herr Siesing erklärt, dass eine Standortsuche auf kommunalen Flächen im öffentlichen Bereich sehr schwierig sei. Auf private Stellflächen, z.B. an Supermärkten habe die Stadt keinen Einfluss.

Stadträtin Natho stellt folgende Fragen:

1. Wann erfolgt ein Austausch der Verbrennerfahrzeuge in Elektrofahrzeuge beim städtischen Fuhrpark?
2. Welchen Unterschied gibt es zwischen den genannten Szenarien 1 – 3?
3. Welche Öffentlichkeitsarbeit wird für die Bürgerschaft betrieben?

Herr Siesing nimmt wie folgt Stellung:

1. Der Austausch liegt in Zuständigkeit des Fachbereiches Personal- und Organisationservice, hierzu wird es eine gesonderte DS geben.
2. Die Szenarien unterscheiden sich hinsichtlich der Kostenanteile Kommune – Privatwirtschaft und sind unter Kapitel 9 der Anlage 1 dargestellt.
3. Das Wirtschaftsdezernat wird hier aktiv sein und entsprechend vermitteln.

Stadtrat Rösler mahnt an, dass eine Umsetzung des Konzeptes im Bereich Stadtfeld schwierig sei, da der Autoverkehr zukünftig aus dem öffentlichen Raum geleitet werden soll. Diese Grundsatzfrage sollte im Rahmen der Stadtplanung berücksichtigt werden.

Auch zweifelt er die Umsetzung bis zum Jahr 2035 an, da Ladesäulen im gesamten Stadtgebiet fehlen würden. Die vorgegebenen Werte für das Jahr 2035 seien viel zu gering bemessen. Die DS sei für ihn nicht aussagekräftig genug, was tatsächlich bis zum Jahr 2035 erreicht werden soll. Er schlägt daher einen Änderungsantrag des Umweltausschusses vor, unter Punkt 2 der Beschlussvorlage das Szenario 1 durch das Szenario 2 zu ersetzen.

Stadtrat Moll weist darauf hin, dass die WOBAU in der Beimssiedlung bereits Elektrolademöglichkeiten in den neuen Mietergaragen geschaffen habe. Jedoch sei auch der Preis des Ladens für den Verbraucher ein entscheidendes Kriterium.

Stadträtin Jäger wundert sich darüber, dass in der Innenstadt so viele Ladesäulen errichtet werden sollen. Das Ziel sei doch, den motorisierten Verkehr nicht mehr in der Innenstadt haben zu wollen. Es sollten doch vorwiegend in den Wohngebieten und am Stadtrand Ladesäulen geplant werden.

Hierzu ergänzt **Herr Siesing**, dass die Bezirke bewusst in Bezirke mit Einfamilienhäusern und Geschosswohnungsbau aufgeteilt worden seien.

Die **sachkundige Einwohnerin Steil** merkt an, dass zunächst grundsätzlich entschieden werden müsse, in welchen Bereichen man Verkehre haben möchte. Dort sollten dann gezielt die Planungen vollzogen werden. Auch der VEP 2030plus müsse beachtet werden. Sie weist auf den Bau von PV – Anlagen auf kommunalen Gebäuden hin, um eigenständig Strom produzieren und einspeisen zu können, da der Kostenaufwuchs für die Stadt ansonsten enorm wäre.

Stadtrat Moll fügt hinzu, dass es in der Stadt Aschersleben bereits ein ähnliches Modell zur eigenständigen Energieerzeugung geben würde.

Durch **Herrn Siesing** wird klargestellt, dass die Stadt nicht als Marktteilnehmerin auftreten dürfe. Es soll noch ein Betreibervergabekonzept erstellt werden, woher die Energie bezogen werden wird.

Stadtrat Rösler merkt an, dass es unbedingt notwendig sei, dies an privatwirtschaftliche Unternehmen abzugeben.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Stadtrat folgende Änderung:

In der Beschlussvorlage unter Punkt 2, letzter Satz soll **das Szenario 1 durch Szenario 2 ersetzt werden.**

Ergebnis der Abstimmung: 5 – 0 – 0

Nachrichtlich: Die Präsentation zum Elektromobilitätskonzept wird dem Protokoll als Anlage hinzugefügt.

Abstimmung über den ÄA DS0114/23/1: 5 – 0 – 0

Abstimmung über die geänderte DS0114/23: 5 – 0 – 0

5.4. Klimabeirat der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0018/23

Herr Kupfer stellt die DS vor und ergänzt, dass die konstituierende Sitzung des Beirates noch im Jahr 2023 stattfinden solle.

Stadträtin Natho lobt die Vorlage.

Abstimmung über die DS0018/23: 5 – 0 – 0

5.5. Neufassung Baumschutzsatzung
Vorlage: DS0066/23

Frau Briehm stellt anhand einer Präsentation umfassend die neue Baumschutzsatzung vor.

Stadtrat Kumpf betritt um 19:22 Uhr den Sitzungssaal, anwesende Stadträte*innen: **6/7.**

Stadtrat Moll lobt die Satzung.

Stadträtin Jäger lobt ebenfalls die Vorlage. Sie ist jedoch der Meinung, dass Ersatzpflanzungen an anderen Orten nicht der richtige Weg seien und ein Ausnahmetatbestand bleiben sollten. Abschließend möchte sie wissen, warum der Wallnussbaum unter besonderen Schutz gestellt werden würde und verweist auf andere Obstbaumarten.

Frau Briehm erklärt in Bezug auf die Ersatzpflanzungen, dass dieser Ausnahmetatbestand in der Satzung verankert sei. Hinsichtlich des besonderen Schutzstatus eines Wallnussbaumes führt sie aus, dass dieser Baum eine ökologisch wertvolle Baumart und nicht vergleichbar mit

einem bewirtschafteten Obstbaum sei. Der Ertrag sei für Tiere enorm wichtig, auch zahlreiche überlebenswichtige Höhlungen wären vorhanden.

Die **sachkundige Einwohnerin Steil** mahnt das Vollzugsproblem an. In ihrer Nachbarschaft würden 8 Bäume fehlen, die nicht nachgepflanzt werden würden. Aus Ihrer Sicht mangle es nicht an der Regelung, sondern am Vollzug.

Herr Gruhle stimmt dem derzeitigen Vollzugsproblem der unteren Naturschutzbehörde zu. Derzeit laufe ein Stellenbesetzungsverfahren.

Stadtrat Moll erkundigt sich nach einem möglichen Drohneneinsatz, um Baumzählungen vorzunehmen.

Frau Scheerenberg weist auf den zu beachtenden Datenschutz hin.

Stadträtin Natho bedankt sich für den informativen Vortrag und den positiven Inhalt im Gegensatz zur alten Satzung. Folgende Ausführungen ergeben sich:

1. Bitte nach einer Evaluierung in 2 Jahren und Bericht im UwE, was tatsächlich gepflanzt worden sei.
2. Warum werden erst ab Stammumfang von 100 cm Punkte vergeben und nicht z.B. schon ab einem Umfang von 50 cm?
3. Obstbäume wären nach Bundeskleingartengesetz gar nicht geschützt.
4. Hecken sollten auch unter Schutz gestellt werden, da ansonsten nicht heimische Gehölze vordringen werden würden.
5. Warum fallen Bäume auf Grundstücken unter 300 qm nicht unter die Satzung?
6. Kritik, dass Baurecht weiterhin vor Baumschutz gehen würde, hier sollte es Bauherren schwieriger gemacht werden, Bäume fällen zu dürfen.

Frau Briehm antwortet:

Zu 2. Bäume mit einem Stammumfang unter 50 cm würden nicht unter die neue Satzung fallen.

Zu 3. In Kleingärten dürften nur den Ertrag dienende Bäume und Zierbäume stehen. Auf Streuobstwiesen sei der Baumschutz vorhanden.

Zu 4. Dies stellt eine Regelung in B-Planverfahren dar und müsste dann jeweils per Beschluss geändert werden.

Zu 5. Aufgrund der Kleinteiligkeit der Grundstücke seien kaum Ersatzpflanzungen möglich. Diese Fälle seien in der Praxis sehr geringfügig und würden den Baumbestand der LH MD nicht gefährden.

Zu Punkt 6 führt **Herr Gruhle** aus, dass in Regelungen des Bundesrechtes durch eine Satzung nicht eingegriffen werden könne und verweist auf Artikel 14 des Grundgesetzes.

Abschließend bittet **Statdrätin Natho** um einen Änderungsantrag des UwE, den Schutzstatus auf den Stammumfang von 30 cm zu ändern.

Stadtrat Kumpf kritisiert den Schutz von Klettergehölzen. Dies würde auf Hauseigentümer eher abschreckend wirken, diese dann nicht mehr in eigener Verantwortung entfernen zu dürfen.

Frau Briehm stellt klar, dass Pflanzungen von Klettergehölzen eine attraktive Möglichkeit der Bepflanzungen wären, wenn z.B. andere Maßnahmen nicht durchführbar seien.

Der Ausschuss für Umwelt und Energie empfiehlt dem Stadtrat folgende Änderung:

In § 3 (1) soll der Satz „**geschützt sind alle Laubbäume und Ginkgobäume mit einem Stammumfang von 50 cm**“ in „**mit einem Stammumfang von 30 cm**“ geändert werden.

Ergebnis der Abstimmung:

2 – 2 - 2

Der Änderungsantrag ist somit abgelehnt.

Nachrichtlich: Die Präsentation zur Baumschutzsatzung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmung über die DS0066/23: 5 – 0 - 1

6. Anträge

- 6.1. Baumschutzsatzung
Vorlage: A0028/22
- 6.1.1. Baumschutzsatzung
Vorlage: S0051/23
-

Stadträtin Natho trägt kurz ihren Antrag vor, es ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf. Auf die Erläuterung der Stellungnahme durch die Verwaltung wird verzichtet.

Abstimmung über den A0028/22: 2 – 2 - 2
S0051/23: zur Kenntnis genommen

- 6.2. Energiewende für Alle zum Mitmachen - Balkonkraftwerke fördern
Vorlage: A0011/23
- 6.2.1. Energiewende für Alle zum Mitmachen - Balkonkraftwerke fördern
Vorlage: S0073/23
-

Die Stellungnahme wird durch **Herrn Kupfer** vorgestellt.

Stadtrat Rösler verlässt um 19:52 Uhr die Ausschusssitzung, anwesende Stadträte*innen: **5/7**.

Stadtrat Moll weist darauf hin, dass rückwärts laufende Stromzähler (sog. Ferrarizähler) ohnehin verboten seien und man auch beachten müsse, dass die Netze nicht überlastet werden.

Stadträtin Jäger stellt den Änderungsantrag ihrer Fraktion vor.

Stadträtin Natho erwartet, dass die LH MD in diesem Fall an die Vermieter herantrete, um die Klimaziele zu erreichen.

Herr Kupfer führt aus, dass davon auszugehen ist, dass das Bundesministerium entsprechende Regelungen treffen werde, die dann von den Energieversorgern einzuhalten sind.

Stadtrat Kumpf stellt fest, dass die Stellungnahme eindeutig und das Vorhaben finanziell und personell nicht leistbar ist. Eine Durchsetzung mit Druck halte er nicht für zielführend.

Abstimmung über den Änderungsantrag A0011/23/1: 3 – 1 – 1
Abstimmung über den A0011/23: 4 – 1 - 0
S0073/23: zur Kenntnis genommen

- 6.3. Elektroladesäulen im Südosten Magdeburgs
Vorlage: A0025/23
- 6.3.1. Elektroladesäulen im Südosten Magdeburgs
Vorlage: S0075/23
-

Nachrichtlich: Der Antrag wurde nach TOP 5.3 behandelt.

Herr Siesing bittet um Rückzug des Antrages, da erst das Gesamtkonzept der LH MD betrachtet werden sollte und nicht ein einzelner Stadtteil. Der Antrag erübrige sich schon deshalb, da de facto unter TOP 5.3 den Standorten im Stadtgebiet zugestimmt worden sei. Ergänzend weist er darauf hin, dass Schnellladesäulen ohnehin nur an Schnellstraßen und nicht in Wohngebieten errichtet werden würden.

Stadträtin Jäger stimmt den Ausführungen **Herrn Siesings** zu – die Zielvorgabe sollten Ladesäulen für jeden Stadtteil sein.

Abstimmung über den A0025/23: 0 – 5 – 0
S0075/23: zur Kenntnis genommen

- 6.4. Klimaresiliente Schwammstadt
Vorlage: A0166/22
- 6.4.1. Klimaresiliente Schwammstadt
Vorlage: S0098/23
-

Stadträtin Fassl stellt den Antrag ihrer Fraktion vor. Im Anschluss erläutert **Herr Gruhle** die Stellungnahme der Stadtverwaltung.

Stadträtin Natho äußert Bedenken darüber, dass es zwei ähnlich lautende Anträge für den SR gäbe, nur mit dem Unterschied der Berücksichtigung etwaiger Fördermittel. Sie regt an und hält es für sinnvoll, beide Anträge gemeinsam im SR zu behandeln.

Stadträtin Jäger fragt kritisch, ob die Prinzipien einer Schwammstadt in der aktuellen Arbeit des Stadtplanungsamtes grundsätzlich berücksichtigt werden würden.

Herr Gruhle bejaht und gibt zu verstehen, dass die existierenden Ansätze zwar meist kleinräumig (B-Plan-Gebiet), dafür jedoch eigenständig und flächendeckend im gesamten Gebiet der Landeshauptstadt Magdeburg umgesetzt werden würden.

Stadträtin Fassl ergänzt dahingehend, dass der Antrag ihrer Fraktion auch darauf abziele, mit dem UBA in den Erfahrungsaustausch zu treten.

Abstimmung über den A0166/22: 4 – 0 - 1
S0098/23: zur Kenntnis genommen

- 6.5. Stromversorgungskästen bei Stadtteilveranstaltungen
Vorlage: A0008/23
- 6.5.1. Stromversorgungskästen bei Stadtteilveranstaltungen
Vorlage: S0109/23
-

Von der antragstellenden Fraktion ist kein Vertreter anwesend. Die Stellungnahme wird sodann von **Herrn Treptow** vorgetragen.

Stadtrat Moll äußert sich dahingehend, dass es bereits an einigen Veranstaltungsplätzen Stromverteilungskästen gäbe. Am Schellheimerplatz z.B. läge die Bewirtschaftung bei der zuständigen GWA.

Stadträtin Jäger bittet in diesem Zusammenhang um eine Auflistung aller im Stadtgebiet vorhandenen Kästen.

Herr Treptow trägt in Folge dessen diese Aufzählung vor.

Stadtrat Kumpf fragt an:

1. Was kostet ein Stromverteilungskasten?
2. Wer soll die Standorte benennen?

Herr Treptow antwortet:

1. Es würde sich um einen Betrag zwischen 2.000 € – 3.000 € handeln.
2. Die LH MD wird hier keinerlei Recherche betreiben, dies müsste aus den einzelnen Stadtteilen und den GWA kommen.

Stadträtin Jäger regt einen GO – Antrag an, den Antrag der CDU auf die nächste Sitzung zu vertagen, damit ein Fraktionsmitglied dazu Stellung beziehen kann.

Abstimmung über den GO – Antrag: 5 – 0 – 0

Der Antrag und die Stellungnahme werden auf die nächste Sitzung vertagt.

- 6.6. Schaffung von Bewegungsangeboten in Diesdorf
Vorlage: A0021/23
 - 6.6.1. Schaffung von Bewegungsangeboten in Diesdorf
Vorlage: S0119/23
-

Herr Dr. Gottschalk erläutert ausführlich die Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Moll kritisiert das Fehlen einer Vertretung der antragstellenden CDU - Fraktion, um die Inhalte des Antrages näher in Erfahrung bringen zu können. Es erschließe sich ihm nicht, warum seitens der Fraktion seinerzeit eine Ablehnung der Kaltlufthalle erfolgte, jedoch nun dieser Antrag mit selbem Ziel gestellt werde.

Stadträtin Jäger erkundigt sich nach der ökologischen Betrachtung, sie würde hier kein umweltpolitisches Thema erkennen.

Herr Dr. Gottschalk informiert darüber, dass alle Angebote nachhaltig seien, z.B. würden recyclebare Kunststoffböden zum Einsatz kommen. Verschiedene Effekte im sozialen und energetischen Bereich wären vorhanden, zu klären wäre noch die Begründung an den einzelnen Standorten.

Das Projekt wird durch **Stadtrat Kumpf** als sehr positiv und unterstützungswert gelobt. Das Thema der Umweltpolitik bestünde darin, dass durch die Outdoor-Varianten z.B. keine Heizkosten entstehen würden. Er regt an, die Planungskosten im Haushalt bereitzustellen, um das Projekt schnellstmöglich umsetzen zu können.

Abstimmung über den A0021/23: 4 – 0 – 1
S0119/23: zur Kenntnis genommen

- 6.7. Werder: Kegelanlage als Sport- und Begegnungsstätte erhalten
Vorlage: A0257/22
 - 6.7.1. Werder: Kegelanlage als Sport- und Begegnungsstätte erhalten
Vorlage: S0137/23
-

Ein Vertreter der antragstellenden SPD - Fraktion ist nicht mehr anwesend.

Die Stellungnahme wird daher kurz von **Herrn Willms** vorgetragen. Zusätzlich erläutert er noch die Historie der Vereinsanlage. Abschließend führt er aus, dass der Verein ESV Lok Magdeburg dem Neubau der Kegelanlage am Standort Fermersleben schriftlich zugestimmt hat, da bei einem erneuten Hochwasser kein Schutz bestehen würde. Er weist ergänzend darauf hin, dass die Anlage in der Lingnerstraße derzeit an den Verein als Sportstätte im Rahmen der Sportförderrichtlinie vermietet ist. Bei einer Umwandlung als Begegnungsstätte wäre dieses Objekt zu den jetzigen günstigen Konditionen nicht mehr vermietbar.

Es ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

Abstimmung über den A0257/22: 2 – 0 – 3
S0137/23: zur Kenntnis genommen

- 6.8. Verwertung der Abfälle der Stadt Magdeburg
Vorlage: A0248/22
 - 6.8.1. Verwertung der Abfälle der Stadt Magdeburg
Vorlage: S0473/22
-

Stadträtin Jäger stellt ihren Antrag erneut vor.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird durch **Herrn Schulze** erläutert. Er bringt zum Ausdruck, dass beim EB SAB stets das bestmögliche Verfahren zur Verwertung von Abfällen zum Tragen komme.

Es ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

Abstimmung über den A0248/22: 2 – 1 - 2
S0473/22: zur Kenntnis genommen

- 7. Informationen
 - 7.1. Sachstand Projekt "Revitalisierung der Dornburger Alten Elbe"
Vorlage: I0065/23
-

Frau Briehm stellt kurz die Informationsvorlage vor.

Es ergeben sich keine Fragen seitens der Ausschussmitglieder.

- 8. Verschiedenes
-

Es werden keine weiteren Punkte vorgetragen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Burkhard Moll
Vorsitzender

Karen Ellermann
Schriftführerin